

## Stadtrats- und Gemeinderatswahlen 2006: Fragen an die Parteien

<b>Partei:</b>	 <b>Grüne Stadt + Bezirk Uster</b>
----------------	---

<b>Frage 1:</b>	Gemäss Art.121 der neuen Kantonsverfassung, die am 1. Januar 2006 in Kraft tritt, fördern Kanton und Gemeinden den Sport. Mit welchen konkreten Massnahmen soll die Stadt Uster diesem Verfassungsauftrag nachkommen (Breitensport, Jugendsport und Leistungssport)?
<b>Antwort:</b>	Der Breitensport ist bereits im Jugendalter zu fördern. Konkret heisst dies, für Trainingseinheiten von Jugendlichen müssen die Vereine der Stadt keine Benützungsgelbühr für die Sportanlagen entrichten. Es ist nicht einzusehen, dass jedeR BesucherIn in der Villa am Aabach mit rund 300 Fr in der Stadtrechnung zu Buche schlägt, und daneben den Sportvereinen im Jugendbereich für die Nutzung der Sportstätten eine Miete erhoben wird. Im Bereich Förderung des Spitzensports soll sich die Stadt Uster auf 2 bis 3 Sportarten beschränken. Z.B. Schwimmclub (deren SpitzenathletInnen den Namen Uster seit Jahren in alle Welt tragen!) und Handballclub (NLA-Damenmannschaft).
<b>Frage 2:</b>	Teil des sportpolitischen Konzepts des Bundesrates, vermehrt Bewegungsanreize für die Bevölkerung schaffen, ist das Projekt „Lokales Bewegungs- und Sportnetz (LBS)“. Uster wurde 2003 als Modellgemeinde ausgewählt. Wie soll Ihres Erachtens die Vernetzung des Ustermer Sports erfolgen? Wie sehen Sie die Zusammenarbeit zwischen Stadt und Vereinen? Welche Rolle sollen die Schulen dabei spielen?
<b>Antwort:</b>	Sicher sollte eine Koordinationsstelle für die Sportvereine geschaffen werden. Ob dies über eine städtische Anstellung geschieht oder jemand aus den Reihen der Sportvereine die Koordination übernimmt (und dafür von der Stadt anständig entschädigt wird), dünkt die Grünen zweitrangig. Da die Stadt Uster nach NPM-Grundsätzen funktioniert, müssen sich auch die Sportvereine überlegen, welche Wirkungs- und Leistungs-Ziele sie als TrägerInnen des Spitzen- und Breitensports definieren und erreichen wollen bzw. können. In den Schulen sollte der Schulsport gefördert werden. Das beginnt mit einer Information der Lehrpersonen, welche Angebote es überhaupt gibt und endet (?) damit, dass die Vereine, die Schulsporteinheiten anbieten, dafür auch entschädigt werden.
<b>Frage 3:</b>	Was muss eine Stadt speziell auszeichnen, damit das Label „Sportstadt“ gerechtfertigt ist?
	Ein zentrales Ziel des bundesrätlichen Sportkonzeptes ist auch jenen Drittel der Bevölkerung zu aktivieren, der sich bislang zuwenig bewegt. Wenn Uster erreicht, dass sich hier nur 15% der Bevölkerung zuwenig bewegen, dann hat die Stadt den Titel Sportstadt verdient. Grundsätzlich ist die Bewegung in der Freizeit zu fördern. Am einfachsten gelingt dies damit, indem Uster zur Velostadt wird: Ausbau der Velowege, Vortritt für Velos (und FussgängerInnen) gegenüber dem motorisierten Individualverkehr, Gratisabgabe von Velovignetten an Kinder/Jugendliche bis 18 Jahre. Schliesslich könnte das Ustermer Stadtfest mit sportlichen Wettkämpfen (Leichtathletik, Schwimmen, Velofahren, OL, Walken) im Sinne einer Lokalmeisterschaft angereichert werden.

<b>Frage 4:</b>	Die Gemeinde Wallisellen hat zur Führung ihrer Sportanlagen im Jahr 1998 die Sportanlagen AG Wallisellen ( <a href="http://www.sportanlagen-wallisellen.ch">www.sportanlagen-wallisellen.ch</a> ) gegründet, an welcher Gemeinde, Einzelpersonen, Vereine und Firmen als Aktionäre beteiligt sind. Der Ertrag der Sportanlagen hat sich seither vermehrfacht und das Defizit, welches vorher durch die Gemeinde getragen wurde und neu durch Subventionen der Gemeinde an die Sportanlagen AG Wallisellen gedeckt wird, konnte um rund 40% gesenkt werden. Sehen Sie eine solche Auslagerung auch als mögliches Modell für die Stadt Uster?
<b>Antwort:</b>	Nach dem Grundsatz "Mache die Betroffenen zu Beteiligten" ist die Organisation betreffend Nutzung der Sportanlagen sicher zu überdenken. Die Grünen stehen Privatisierungen von Anlagen/Aufgaben von öffentlichem Interesse grundsätzlich aber kritisch gegenüber. Ohne die Sportanlagen zu privatisieren, reicht es möglicherweise die Organisationsstruktur des Wallisellermodells zu übernehmen.